



## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

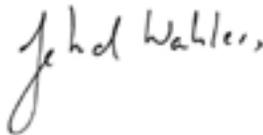
im August vor einhundert Jahren begann der Erste Weltkrieg. Europa wurde zu einem Kriegsschauplatz ungekannten Ausmaßes, erst mehr als vier Jahre später sollten die Waffen wieder ruhen. Am Ende waren insgesamt fast zehn Millionen tote und doppelt so viele verwundete Soldaten zu beklagen, hinzu kommen schätzungsweise sieben Millionen zivile Opfer. Die Folgen des Krieges prägten den Kontinent und das Weltgeschehen auf Dauer. Doch auch die einzelnen Gesellschaften waren herausgefordert mit der Integration heimkehrender Soldaten ins zivile Leben, dem Umgang mit Kriegsversehrten und Traumatisierten, der Sorge um die Hinterbliebenen. Keine dieser Fragen hat an Aktualität verloren. Denn wenn wir dieser Tage des Kriegsausbruchs von 1914 gedenken, lassen sich die Krisenherde der Gegenwart nicht übersehen – die Ukraine, Afghanistan, der Nahe Osten, Südsudan oder die Zentralafrikanische Republik. Dabei gerät in der Berichterstattung die Betrachtung der Frage oft zu kurz, welchen Belastungen Gesellschaften ausgesetzt sind, in denen sich Kriegshandlungen unmittelbar abspielen. Aber auch für Länder, deren Streitkräfte an internationalen Missionen teilnehmen, bietet sich Diskussionsstoff. Welches Interesse bringt eine Bevölkerung ihren Soldaten entgegen, wenn diese an Auslandseinsätzen beteiligt sind? Wie präsent ist die Gesellschaft in der Armee und umgekehrt?

In Deutschland ist das Leitbild des „Bürgers in Uniform“ Garant dafür, dass sich auch in den Streitkräften die Gesellschaft widerspiegelt. Doch im öffentlichen Alltag sind Armeeinghörige kaum sichtbar. Ihre Präsenz hat sogar im Zuge der laufenden Bundeswehrreform weiter abgenommen. Personalreduzierung, Aussetzung der Wehrpflicht und Standortschließungen haben dazu geführt, dass sich die Truppe aus der Fläche zurückgezogen hat und immer weniger Menschen Kontakt zu ihr erhalten. Für die Bundeswehr scheint die Aufmerksamkeit erst dann zu steigen, wenn sie zu Katastropheneinsätzen im Inland gerufen wird. Dass sie aber als Verfassungsorgan Teil einer werteorientierten Außenpolitik ist und gegenwärtig mit mehr als 4.400 Soldatinnen und Soldaten an 16 internationalen Einsätzen teilnimmt, wird darüber oft vernachlässigt.

In anderen Ländern ist die Distanz zwischen militärischen und zivilen Gesellschaftsbereichen deutlich geringer. So geht Elmar Sulk in dieser Ausgabe dem Stellenwert der Armee in den Vereinigten Staaten nach und befindet: „Die amerikanische Nation steht grundsätzlich hinter ihren Soldatinnen und Soldaten, die sich freiwillig zum Dienst an der Waffe melden und unter großer Opferbereitschaft ihrem Land dienen.“ Zugleich halten Öffentlichkeit und Medien ihre Kritik nicht zurück, wenn militärisches Fehlverhalten und Skandale publik werden. Noch weit reichender als in den USA ist die Armee in Israel mit der Gesellschaft verbunden, stellt Evelyn Gaiser in ihrem Beitrag heraus. Seit ihrer Gründung 1948 bis in die Gegenwart hinein garantieren die israelischen Streitkräfte das Überleben des jüdischen Staates. Doch immer stärker werden innergesellschaftliche Bruchlinien wie die Spannungen zwischen strengreligiösen und säkularen Israelis in die Truppe hineingetragen, die ihren Charakter als „Armee des Volkes“ gefährden. Auf eine Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts anderer Art richten Steffen Krüger und Diana Hund die Aufmerksamkeit. Sie beleuchten das Phänomen Kindersoldaten in der Demokratischen Republik Kongo, wo zwischen 1996 bis 2003 mehr als 30.000 Minderjährige an den Kriegshandlungen unterschiedlicher Konfliktparteien beteiligt waren. In ihrer Untersuchung stellen die Autoren fest, dass „nicht nur die Demobilisierung ein komplizierter

Prozess mit vielen Hindernissen ist, auch die dauerhafte Rückführung von Kindersoldaten in die Gesellschaft gelingt nur selten“.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung führt im Rahmen ihrer internationalen Zusammenarbeit in vielen Ländern einen Dialog mit Angehörigen von Sicherheitskräften und der Zivilgesellschaft. Die Stellung einer Armee, die sich in einer demokratischen Ordnung dem Primat der Politik unterordnet, thematisieren wir dabei genauso wie die rechtlichen, ethischen und moralischen Herausforderungen im Kontext militärischer Auseinandersetzungen. Wir sind davon überzeugt, dass eine freie, sichere Gesellschaft auch ein wehrhaftes Militär bedingt. Dass Soldatinnen und Soldaten einen gesellschaftlichen Dienst leisten und in die Mitte der Gesellschaft gehören, kann nicht oft genug betont werden.



Dr. Gerhard Wahlers  
Stellvertretender Generalsekretär

[gerhard.wahlers@kas.de](mailto:gerhard.wahlers@kas.de)